

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/012

Chronik vom 25. November 1958 bis zum 2. Dezember 1959

25.11.1958

Algerien: Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestiert am 25. November 1958 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/198-199): >>... Es wird weiter gefoltert; Dörfer werden zerstört, Hinrichtungen werden ohne Gerichtsverhandlung vollstreckt; Menschen verschwinden mit unbekanntem Schicksal. Die Jugend Frankreichs läuft Gefahr zu verderben, wenn sie an Handlungen beteiligt wird, die der Moral widersprechen.<<

01.12.1958

BRD: Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern beginnt am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Ludwigsburger Zentralstelle" (x051/362-363): >>Ludwigsburger Zentralstelle (ZSt/amtlich: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen), durch Verwaltungsvereinbarung der Justizminister und -senatoren der Länder am 6.11.58 gegründete Behörde, die ihre Tätigkeit am 1.12.58 aufnahm.

Aufgabe der Ludwigsburger Zentralstelle ist es, das gesamte erreichbare Material über nationalsozialistische Verbrechen zu sammeln, zu sichten und auszuwerten. Hauptziel ist es dabei, nach Ort, Zeit und Täterkreis begrenzt Tatkomplexe herauszuarbeiten und festzustellen, welche an den Tatkomplexen beteiligte Personen noch (Verjährung) verfolgt werden können. Sind für einen Tatkomplex der Kreis der verfolgbaren Täter und die zuständige Staatsanwaltschaft festgestellt, so schließt die Zentralstelle ihre Vorermittlungen ab und leitet den Vorgang dieser Staatsanwaltschaft zu.

Bis zum 1.1.85 hat die Ludwigsburger Zentralstelle 4.899 Verfahren gegen eine Vielzahl von Beschuldigten an die Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Ermittlung abgegeben. Aus den abgegebenen Komplexen entwickelten sich bei den Staatsanwaltschaften rund 13.000 Ermittlungsverfahren.<<

04.12.1958

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 4. Dezember 1958 in einer Rede vor polnischen Bergarbeitern (x125/181):

>>Das polnische Volk wünscht ... nichts sehnlicher, als sein Land zu entwickeln, seine bessere sozialistische Zukunft zu bauen, in Eintracht und Frieden mit dem ganzen deutschen Volk und allen Völkern der Welt zu leben.

Aber ebensogut wissen wir, daß die Sicherheit der polnischen Grenzen an Oder und Neiße, der Friedensgrenze, heute in der Sicherheit der Grenze an der Elbe liegt, die die beiden deutschen Staaten trennt. Jeder Angriff auf die DDR ist ein Angriff auf uns, auf unsere Westgrenzen, auf alle sozialistischen Länder. ...<<

14.12.1958

Berlin: In Berlin treffen sich am 14. Dezember 1958 die Führungskräfte des "Bundes der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" zur ersten Sitzung.

27.12.1958

China: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Dezember 1958 über die Volksrepublik China (x299/156): >>... Die mangelnde Begeisterung der Massen wird mit Terror ausgeglichen. Es sind Menschen verhaftet worden, weil Rauch aus ihrem Schornstein drang. Denn es ist ein Verbrechen, zu Hause heißes Wasser zu kochen. Man trinkt und ißt in der Kantine – und damit basta.

Andere wurden abgeführt, weil sie ein oder zwei Hühnchen zurückbehalten hatten, anstatt sie der Hühnerfarm der Kantine abzuliefern. Fast überall wurden die privaten Kochtöpfe eingeschmolzen. ...<<

1958

DDR: Im Jahre 1958 fliehen 204.092 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet über die "Wohnungswirtschaft" in der SBZ (x009/495): >>Für 1958 wurde der Wohnungsfehlbestand in der SBZ durch die SBZ-Behörden mit 570.000 angegeben. ... Ausschlaggebend für die "gerechte" Verteilung von Wohnraum ist die "Leistung" des Wohnungssuchenden oder Wohnungsinhabers "für den Aufbau der DDR".

Aktivisten, Angehörige der Intelligenz, Helden der Arbeit und andere Ausgezeichnete erhalten höchste Dringlichkeitsstufen. ... Die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in den Betrieben nehmen entscheidenden Einfluß auf die Verteilung fertiggestellter Wohnungen, aber auch auf die Verteilung des Altwohnraums.

Seit März 1958 bestehen in den meisten Städten der SBZ "Volkseigene Kommunale Wohnungsverwaltungen", deren Aufgabe es ist, die in den Nachkriegsjahren auf Grund der sowjetischen Befehle enteigneten Grundstücke zu verwalten, ebenso Grundstücke mit ausländischen oder westdeutschen Eigentümern, ferner Grundbesitz von Personen, die nach dem 17. Juni 1953 die SBZ "illegal" verlassen haben. ...

Alle Arbeiten zur Werterhaltung der Wohnungen sind in der SBZ bisher sehr vernachlässigt worden. Das Material dafür ist knapp, und die Bauunternehmen - auch die in den PGH (Produktionsgenossenschaften) zusammengeschlossenen handwerklichen Baubetriebe - sind vorwiegend für staatliche Bauvorhaben und sonstige öffentliche Bauarbeiten eingesetzt.<<

BRD: Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen fördern den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").

Die Industrieproduktion steigt von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besitzt die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars (Marshall-Plan), gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei

wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.

Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.

Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.

Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte.

Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.

Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dünnen Zahlen wie folgt:

1952 = 32 Milliarden Dollar,

1962 = 89 Milliarden Dollar,

1979 = 600 Milliarden Dollar,

2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.

Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:

In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.

Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

Frankreich: Der französische Reporter Jacques Duquesne berichtet im Jahre 1958 in seinem Buch "Der grausame Krieg" über die brutalen französischen Vergeltungsmaßnahmen in Algerien (x075/199): >>Unsere jungen Menschen sind Zeugen dieser Greuel; sie werden als unvermeidlich dargestellt; es besteht die Gefahr, daß auf diese Weise eine ganze Generation verdorben wird. ...<<

China: Die maoistische Kollektivierungspolitik ("der Große Sprung") löst ab 1958 große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten aus.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer des Maoismus der 50er Jahre (x075/-232-233): >>... Zu Beginn der fünfziger Jahre fallen der Säuberung Hunderttausende, ja, Millionen von Menschen zum Opfer. Zu den Hingerichteten kommt eine noch viel größere Zahl

von Menschen, die durch Arbeit zur Reform verdammt werden, wobei die Lager mit Hunger, Elend und Mißhandlung im Gefolge eine bedeutende Rolle in dem neu entstehenden Wirtschaftssystem spielen.

Von 1955 an wird "der große Sprung nach vorn" von einer Kampagne zur Vernichtung der Konterrevolutionäre" begleitet und führt vor allem aufgrund der absurden Verkennung wirtschaftlicher und industrieller Funktionsmechanismen zu einer Katastrophe in der Landwirtschaft.

Es scheint durchaus zulässig, die Zahl der Menschen, die während dieses "großen Sprungs" keines natürlichen Todes gestorben sind, auf 16, ja, 30 Millionen zu schätzen.

In den Jahren 1957/58 fallen die nicht die harte Linie befolgenden Kader einer Säuberung zum Opfer; die sporadischen Revolten nationaler Minderheiten werden niedergeschlagen. Dabei schien sich im Frühjahr 1957 eine Lockerung abzuzeichnen:

Die kurze Zeit der "Hundert Blumen" bringt eine Welle der Kritik hervor, aber diejenigen, die den Mund aufmachen oder der Kritik wohlwollend gegenüberstehen, werden bald darauf bestraft. Hunderttausende von "Rechtsabweichlern" werden in Arbeitslager geschickt. ...<<

1959

Menschen, die immer nur arbeiten, haben keine Zeit zum Träumen, aber nur wer Zeit zum Träumen hat, findet Weisheit.

Indianische Weisheit

01.01.1959

DDR: Anfang 1959 wird die zum Ministerium für Staatssicherheit gehörende "Hauptverwaltung Aufklärung" mit rund 800 Mitarbeitern in Berlin-Lichtenberg zusammengefaßt

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese "Hauptverwaltung Aufklärung" (x009/295-296): >>Sie entstand im Mai 1956 aus der Hauptabteilung XV und wurde dem Minister (Erich Mielke) unmittelbar unterstellt. - Seit 1.1.1959 hat sie 12 Abteilungen (HVA - Leitung: Generalmajor Markus J. Wolf):

1: Politische Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik einschließlich des Verteidigungsministeriums;

2: Politische Spionage in Parteien und politischen Vereinigungen in der Bundesrepublik;

3: Ausländische Vertretungen in der Bundesrepublik; militärische Spionage im Ausland;

4: Militärische Spionage in der NATO;

5: Wirtschaftsspionage;

6: Einschleusung von Agenten;

7: Auswertung;

8: Diversion (Sabotagevorbereitungen in der Bundesrepublik);

9: Verbindungen, Funk- und Chiffrierwesen;

K: Dokumentation, Ausweisfälschung;

R: Kartei, Registratur;

K/S: Kader und Schulung.

Alle Wirtschafts- und Verwaltungsabteilungen des Hauptteils des Ministeriums für Staatssicherheit wie der HVA sind in der HVB (Bewirtschaftung und Verwaltung) zusammengefaßt, die in Berlin-Lichtenberg sitzt. - Das Ministerium für Staatssicherheit wird von einem sowjetischen Beraterstab überwacht und angeleitet. ...<<

Das Deutschland-Archiv berichtet später über die "Kaderabteilungen" (x243/205): >>... "Kader" (bezeichnet) eine planmäßig herangebildete Elite, ... die beauftragt ist, in wichtigen Führungspositionen dem Parteiregime zu dienen. ... Kaderabteilungen (erfassen) ... das gesamte Personal des staatlichen Sektors und kontrollieren (es. Sie) bestehen in allen VEB, Massenorganisationen und staatlichen Institutionen. Sie sind ausschließlich mit linientreuen Genossen

besetzt, unterliegen geheimen Bestimmungen und kooperieren eng mit der Staatssicherheit (MfS). ...

Über jede von der Kaderabteilung registrierte Person wird eine ... Akte geführt. ... Das Nichterscheinen zur Maidemonstration kann dort ebenso aufmerksam notiert werden wie Diskussionsbeiträge oder die Spende für Nordvietnam. ...<<

Kuba: Fulgencio Batista (1901-1973, seit 1933 Diktator in Kuba) flieht am 1. Januar 1959 ins Ausland.

03.01.1959

USA: US-Präsident Eisenhower erklärt Alaska am 3. Januar 1959 zum 49. US-Bundesstaat (x175/531).

10.01.1959

UdSSR: Die Sowjetunion übergibt der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, den 3 Westmächten und anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen das NS-Regime teilgenommen hatten, am 10. Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages.

19.01.1959

BRD: Das BdV-Präsidium lehnt den sowjetischen Friedensvertrag am 19. Januar 1959 ab (x155/66): >>... 14 Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen soll die Vertreibung von 15 Millionen Menschen durch unsere Unterschrift legalisiert werden. Deutsches Gebiet soll für die Dauer dem deutschen Volk entrissen und unüberbrückbare Gegensätze zwischen Deutschen und Polen und Deutschen und Tschechen geschaffen werden.

Das Ziel der sowjetischen Europapolitik ist ein an die Sowjetunion angekettetes Osteuropa und der weitere Vormarsch des Bolschewismus in die freie Welt durch die Tür einer deutschen "Konföderation". ...<<

01.02.1959

DDR: Das SED-Regime warnt am 1. Februar 1959 vor vermeintlichen Angriffsplänen der Bundeswehr.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Propagandapolitik" der SBZ (x009/291): >>... Ein wichtiges Mittel der Militärpolitik ist die Militärpropaganda: die unaufhörliche Durchdringung der Bevölkerung mit den scheinpatriotisch gefärbten Wehrauffassungen des Marxismus-Leninismus.

Um die Bevölkerung der SBZ wie auch der Bundesrepublik gegen die NATO aufzuhetzen, wird mit der allgemeinen Militärpropaganda eine lebhaft militärpolitische Agitation gegen die Bundeswehr verbunden. Dabei bedienen sich die SED und das Regime seit Anfang 1959 immer stärker der fadenscheinigen Behauptung, die Bundesregierung wolle die SBZ gewaltsam in Besitz nehmen. Für eine solche Blitzkriegsaktion der atomar bewaffneten Bundeswehr, die sich auf die links der Elbe stehenden Truppen der NATO stützen werde, sollen angebliche Pläne bestehen. ...<<

13.02.1959

Kuba: Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro übernimmt nach der siegreichen Revolution am 13. Februar 1959 das Amt des Ministerpräsidenten.

Fidel Castro verbündet sich danach schon bald mit der Sowjetunion.

07.03.1959

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 7. März 1959 über die Einigung der Vertriebenenbewegung (x155/66-68): >>... Am 14. Dezember 1958 haben wir in Berlin den Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände - geschaffen.

Er ist die Repräsentanz (Vertretung) der 10 Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik!

... Mit 2,5 Millionen Mitgliedern und über 10.000 Ortsverbänden wird der Bund der Vertriebenen an Stärke und Gewicht nur noch durch den Deutschen Gewerkschaftsbund übertroffen.

...

Schicksalsgefährten!

In den Jahren seit der Vertreibung habt Ihr mit ungebrochenem Mut, mit zähem Fleiß ein neues Leben begonnen. Mit Hilfe Eurer Organisationen habt Ihr wieder festen Fuß gefaßt. Aber Hunderttausende vegetieren noch in unwürdigen und bedrängten Verhältnissen dahin. Der soziale Absturz, den Millionen von Vertriebenen erlitten haben, kann durch keinen Lastenausgleich behoben werden. Nichts kann uns den vertrauten Heimatboden ersetzen, noch die seelischen und sittlichen Werte, die damit verbunden waren.

Die wenigsten von Euch haben jene Existenzen wieder aufbauen können, die sie in der Heimat besaßen. In diesen Mühsalen des Alltags hielt Euch die Hoffnung aufrecht, daß es durch vereinte Kraft, mit Hilfe des gesamten deutschen Volkes und durch den Sieg eines neuen Rechtsdenkens in der Welt, in nicht zu ferner Zeit zurückgegeben werde, was uns geraubt wurde: die deutsche Heimat im Osten - das Recht auf Selbstbestimmung.

Zutiefst haben uns die Deutschlandpläne des sowjetischen Ministerpräsidenten betroffen. Wir müssen dem grimmigen Ernst der Stunde fest ins Auge sehen. Mehr als die Zukunft unserer Heimat steht auf dem Spiele. In den nächsten Monaten wird um das Schicksal Deutschlands und um die Zukunft Europas gerungen werden.

... Eine ehrliche Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten ist auch unser Anliegen. Das Recht unseres Volkes auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung darf jedoch nicht preisgegeben werden.

... Die Vertriebenenvertretung darf nicht zum Selbstzweck erstarren. ... Gegen die vom Osten her gesteuerte Aufweichungspropaganda, gegen die Einflüsterungen der Verzichter und Kapitulantanten werden wir uns nachdrücklich zur Wehr setzen.

... Wir rufen die deutsche Jugend des Ostens auf, Hand in Hand mit der älteren Generation für Heimat und Zukunft einzustehen.

Wir wollen uns in der kommenden Bewährungszeit so verhalten, wie sich jedes andere Volk verhielte, dessen Einheit und Freiheit auf dem Spiele steht.

Nach 4 Teilungen sangen unsere polnischen Nachbarn trotzig: "Noch ist Polen nicht verloren!"

So dürfen wir mit gleichem Recht unseren Freunden und Schicksalsgefährten zurufen: Die Heimat ist nicht verloren, solange wir in Treue zu ihr stehen!<<

10.03.1959

Polen: Der polnische KP-Politiker Wladyslaw Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 10. März 1959 während des III. Parteitages (x125/127): >>Kein Volk nimmt leichten Herzens den Verlust von Gebieten hin, die früher zu seinem Staat gehörten, wenn auch unrechtmäßig.

Wir kennen das selbst doch gut aus unserem polnischen Beispiel der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Gebiete. ...<<

23.03.1959

DDR: Ministerpräsident Otto Grotewohl fordert am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Atheismus" in der SBZ (x009/41-42): >>Nach der kommunistischen Lehre ist jede Religion eine Verkörperung von Aberglauben, der geeignet sei, jeden Fortschritt im Sinne des Kommunismus aufzuhalten.

"Die Religion ist das Opium des Volkes" - dieser Ausspruch von Marx ist der Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Religionsfrage. Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die dem Schutz der Ausbreitung und der Umnebelung der Arbei-

terklasse dienen." Dieser Ausspruch von Lenin ("Das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion") ist charakteristisch für das grundlegende Ziel des Kommunismus, alle Religionen zu vernichten.

Die Religionen seien ein Werkzeug der ausbeutenden Klasse. Kein Arbeiter oder Bauer könne Interesse daran haben, sein materielles Los auf dieser Welt zu verbessern, wenn er einen religiösen Glauben habe. An Stelle einer "religiösen Vorstellung" setzt der Kommunismus ein pseudo-religiöses Glaubensbekenntnis, dessen Grundlage die klassischen Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind und dessen "Kirche" der Parteiapparat mit seinen Funktionären ist. Von seinen Anhängern fordert er unter Androhung des Parteiausschlusses mit allen seinen Folgen fanatischen Gehorsam.

Auch wenn sich bestimmte Perioden der "Duldsamkeit" gegenüber religiösen Gemeinschaften aus taktischen Gründen abzeichnen, hat sich die Grundeinstellung bis zur Gegenwart nicht geändert.

... Unter Auswertung der sowjetischen Erfahrungen wurde in den Satellitenstaaten die Taktik eines offenen Angriffs auf die Religionen zunächst weitgehend vermieden. Vielmehr wurde versucht, die Glaubensverbreitung zu beschränken mit dem Ziel einer "Verstaatlichung" der religiösen Körperschaften.

Seit 1952 richtet sich der Angriff in der SBZ nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrieren sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten.

Daß im kommunistischen Plan eine Auslöschung beider großen Kirchen enthalten ist, zeigen u.a. die Gewaltakte gegen die Zeugen Jehovas im Jahre 1951.

In der letzten Zeit verstärken sich unter Einschaltung von Presse, Rundfunk, Film und politischen Massenorganisationen die staatlichen Versuche, über das innere Wesen christlicher Ethik vor allem bei den Jugendlichen ernste Zweifel aufkommen zu lassen, die zu schweren Gewissenskonflikten führen.

"Ist das etwa Erziehung zum selbständigen Denken, wenn von den Jugendlichen im Konfirmationsunterricht gefordert wird, zu glauben, daß sie von einem überirdischen Wesen geschaffen worden seien? (Ulbricht zur Jugendweihe, Sommer 1957).

1959 erschien erstmalig unter dem Titel "Vom Jenseits zum Diesseits" der I. Band eines "Wegweisers zum Atheismus" ... Darin heißt es in dem Kapitel "Arbeiterpartei und Religion" eindeutig: "Die Partei erklärt das religiöse Bekenntnis zur Privatsache gegenüber dem Staat. Der Partei gegenüber ist aber das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder sowie des ganzen Proletariats keinesfalls Privatsache."

Ein besonderes Kapitel des Buches enthält genaue Richtlinien über die Praxis des Kirchenaustritts. Darin wird grundsätzlich gesagt: "Die Erkenntnis, daß die Lehre der Religion nachweisbar wissenschaftlich unhaltbar sind, muß bei jedem Menschen mit logischer Konsequenz zur Ablehnung der religiösen Anschauung führen".

Zur gleichen Zeit erschien in Moskau ein "Vademecum des Atheisten" unter dem Titel "Sputnik Ateista". Darin heißt es u.a.:

"Zur Aufgabe des Kommunismus gehört die Liquidation der sozialen Bedingungen der Religion. Der Kommunismus läßt keinen Raum für irgendeine Religion übrig. Die Kommunisten erstreben die Zusammenfassung von Menschen verschiedener Weltanschauungen, Atheisten und Gläubigen, zum Kampf für den Frieden und Sozialismus. Aber dieser Kampf kann nur unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, welche alle Formen der religiösen Ideologie ablehnt, erfolgreich zu Ende geführt werden." ...<<

25.03.1959

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt am 25. März 1959 während einer Pressekonferenz zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/143): >>... Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt, und vorausgesetzt, daß das wiedervereinigte Deutschland beabsichtigt, sich eines Tages in eine vertragsmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, für Frieden und Freiheit zu integrieren. ...<<

20.04.1959

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius beschwert sich am 20. April 1959 in einem Offenen Brief über die Anwendung staatlicher Machtmittel gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die antichristliche Jugenderziehung in der SBZ (x009/200-201): >>... Es besteht kein Zweifel, daß die FDJ ihre Aufgabe, die Politisierung der jungen Generation im Sinn der bolschewistischen Führung zu erzielen, nicht erfüllt hat. ...

Weit effektiver ist hingegen eine Reihe andersartiger Maßnahmen. Hierzu gehört einmal die atheistische Agitation, die die Jugend der Kirche und den christlichen Traditionsgütern fast völlig entfremdet hat. In den letzten Jahren nahmen 80 bis 90 % der 14jährigen an der staatlichen Jugendweihe teil - womit sich nach Auffassung des Rats der EKD eine Konfirmation nicht verträgt. Noch eklatanter ist der Rückgang der Taufen, obwohl hier der Druck des Regimes geringer ist. Das läßt den Schluß zu, daß das Gros der Eltern der in den letzten Jahren geborenen Säuglinge - meist im Alter von 18 und 30 Jahren - kein Verhältnis mehr zur evangelischen Kirche und ihrem Ritual hat. ...

Das Gros dieser Jugend hat keinen Vergleich zu anderen Lebensstilen; die Orientierung am Kollektiv, die Vorstellung, daß der Staat die Aufgabe hat, dem einzelnen Fürsorge und soziale Sicherheit zu gewähren, und das Sich-Vorfinden in einem dirigistischen System ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Entfremdung gegenüber der gleichaltrigen Jugend in der Bundesrepublik und dem westlichen Lebensstil reicht tief. ...

Die jungen Leute der SBZ sind ängstlich darauf bedacht, sich in ihrer Freizeit nicht von Staat, Partei und Organisationen hineinreden zu lassen. Vor allem der Mangel an Möglichkeiten, in den Westen zu reisen, trägt zur Protesthaltung bei. Die unter 25jährigen, die knapp 36 % der SBZ-Bevölkerung ausmachen, machten fast 50 % der Flüchtlinge aus. Zugleich stellten sie aber das Gros der enttäuschten Rückwanderer: 20 % und mehr der einzeln flüchtenden Jugendlichen gehen nach meist nicht langer Zeit in die SBZ zurück, da sie sich auf Grund ihrer Vorstellungen von Staat und Gesellschaft in der freiheitlichen Atmosphäre des Westens nicht zurechtfinden und sich "herzlos" behandelt fühlen u.ä.<<

April 1959

DDR: 5 Studenten der TU Dresden werden im April 1959 durch das Bezirksgericht Dresden während eines Schauprozesses zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>... In der letzten Zeit wurden die Prozesse gegen 24 Studenten der Universität Jena vor dem Bezirksgericht Gera im September/Oktober 1958 (Gesamtstrafen: 110 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen 5 Studenten der TU Dresden vor dem Bezirksgericht Dresden im April 1959 (Gesamtstrafen: 37,5 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen den ehemaligen Grenzpolizei-Oberleutnant Smolka vor dem Bezirksgericht Frankfurt (Todesstrafe) ... besonders bekannt.<<

USA: Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärt im April 1959 in New York

(x299/178): >>... Ich stimme nicht mit dem Kommunismus überein. Wir sind eine Demokratie. Wir werden spätestens in zwei Monaten freie Wahlen abhalten.<<

02.05.1959

BRD: Der BdV-Mitarbeiterkongreß legt am 2. Mai 1959 Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...

Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...

3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...

4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...

6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Verhandlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<

15.05.1959

DDR: Ein FDJ-Statut verlangt am 15. Mai 1959 von allen Mitgliedern der FDJ, sich vormilitärische Kenntnisse anzueignen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese FDJ-Forderung (x009/124-125): >>... Demgemäß heißt es im Statut vom 15.5.1959 (§ 1, Abs. 1-6); "Die FDJ ist die sozialistische Massenorganisation der Jugend in der DDR. Sie vereint in ihren Reihen auf freiwilliger Grundlage die Arbeiter- und Landjugend, die junge Intelligenz, die Schüler und Studenten und die Jugend des Mittelstandes."

Sie "läßt sich ... von den richtungsweisenden Beschlüssen und Ratschlägen der SED leiten, weil ihre Politik auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin beruhend, den Lebensinteressen der Nation und der Jugend entspricht."

Im § 5 d heißt es: "Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, ... sich mit der wissenschaftlichen Lehre der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus vertraut zu machen."

Die FDJ ist also auch auf den Atheismus verpflichtet, und damit ist § 1, Abs. 27 des Statuts ungläubig, in dem die FDJ behauptet: "Sie betrachtet alle Jugendlichen, auch die, die religiös gebunden sind, als ihre Freunde und Kameraden ..."

Um den Patriotismus der ganzen deutschen Jugend auf das SBZ-Regime festzulegen, behauptet das Statut: "Die deutsche Jugend hat in der DDR ihr wahres Vaterland."

Auch verlangt § 1, Abs. 11 den Einsatz für die bewaffneten Organe der SBZ: "Die Mitglieder der FDJ betrachten es als ihre Ehre und Pflicht, ... sich vormilitärische Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Der Dienst in den bewaffneten Organen der DDR ist für jedes Mitglied der FDJ eine Ehrenpflicht."

Um die FDJ für den Siebenjahrplan anzuspannen, beschloß das VI. Parlament (Mai 1959) ein genau durchgegliedertes "Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus". Darin wird u.a. Mitarbeit gefordert an der Bewegung des Kompaß, den Kontrollposten, den Brigaden der sozialistischen Arbeit, den sozialistischen Gemeinschaften.

Die gesamte Tätigkeit und Schulung der FDJ wird seit langem ausschließlich von der SED angeleitet und gelenkt. Der Zentralrat wird alle 4 Jahre vom Parlament der FDJ gewählt; er setzt das Büro und das Sekretariat des Zentralrats, die eigentliche Führungsspitze, ein. ...

Als Mitgliederzahl nannte das "Statistische Jahrbuch der DDR 1959" 1,74 Millionen (ohne

Junge Pioniere). ... Die FDJ erfaßt die Jugendlichen über 14 Jahre und übernimmt sie von den Jungen Pionieren. Die Altersgrenze, nicht für Funktionäre, wohl aber für Mitglieder, ist im allgemeinen (seit dem Statut vom Mai 1959) das vollendete 26. Lebensjahr. Die FDJ ist die einzige amtlich erlaubte Organisation von Jugendlichen in der SBZ. ...

In der Bundesrepublik Deutschland ist die FDJ seit dem 26.6.1951 als verfassungsfeindlich verboten. ...<<

01.06.1959

DDR: Während der Genfer Außenminister-Tagung bekräftigt die DDR am 1. Juni 1959 ihren Souveränitätsanspruch.

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet im Leitartikel vom 1. Juni 1959 (x009/-396): >>... Das Verhältnis der Westmächte zur DDR, wie es sich jetzt in Genf herausgebildet hat, kommt einer De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte gleich, ... mögen sie in den Delegierten der beiden deutschen Staaten (auch) nur "Berater" oder sonst etwas sehen."
...<<

01.07.1959

BRD: Der CDU-Politiker Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

06.07.1959

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

24.07.1959

DDR: Die SED-Regierung versichert am 24. Juli 1959, es werde niemals einen unfreiwilligen Zwangseintritt in die LPG geben.

10.08.1959

Algerien: Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestiert am 10. August 1959 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/199): >>Es ist meine Pflicht, Herr Vertreter der Regierung in Algier, erneut gegen die verurteilungswürdigen Methoden zu protestieren, die trotz feierlicher Erklärungen von höherer Stelle in Algerien weiterhin angewendet werden; Hinrichtungen ohne Urteilsspruch, Anwendung der Folter, Zerstörung von Dörfern ...<<

21.08.1959

USA: US-Präsident Eisenhower erklärt Hawaii am 21. August 1959 zum 50. US-Bundesstaat (x175/531).

24.08.1959

BRD: Die BdV-Vertretung berichtet am 24. August 1959 über die Lage der deutschen Heimatvertriebenen (x155/71-72): >>... In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Unter den 17 Millionen versklavten Bewohnern der Sowjetzone befinden sich weitere 3 Millionen Vertriebene. Insgesamt sind 14 Millionen Deutsche nach Beendigung der Kriegshandlung ihres Eigentums beraubt und aus ihren Heimen deportiert worden.

Bei diesen Volksdeportationen sind mehr Deutsche zugrunde gegangen, als Deutschland im Ersten Weltkrieg Männer verloren hat. Von dem Heer der 3 Millionen Vertreibungstoten spricht niemand.

... Die Aufbauleistungen der deutschen Demokratie haben die Legende zerstört, daß die Deutschen ungeeignet seien, unter den Segnungen des Friedens und der Freiheit zu leben. ...

... Das deutsche Volk wird nie mehr den Frieden gefährden, weil es den Fluch des Krieges und den Wahnsinn der Totalität bitter am eigenen Leibe verspürt hat.

Fast ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik hat das Schicksal der Deportation oder der Flucht vor dem kommunistischen Terror erfahren. Millionen unserer Mitbürger erlebten das Inferno des Luftkrieges in den deutschen Städten oder das bittere Los jahrelanger Kriegsgefangenschaft.

Niemand von uns denkt an Krieg oder Revanche. Was wir anstreben, ist die Wiedervereinigung des ganzen Deutschland und ein dauernder Friede, der das Recht aller Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung verwirklicht.<<

09.09.1959

DDR: In der Regierungserklärung vom 9. September 1959 betont das SED-Regime, "daß Verhandlungen über Deutschland ohne die Teilnahme beider deutscher Staaten unmöglich sind" (x009/52).

13.09.1959

BRD: Das BdV-Präsidium begrüßt am 13. September 1959 die geplante Einführung des Weltflüchtlingsjahres (x155/73-75): >>In den Stürmen der West-Ost-Auseinandersetzung ist der Gedanke des Weltflüchtlingsjahres entstanden.

Was bisher ein Problem Europas und seiner Randgebiete war, ist inzwischen zu einer weltweiten Erscheinung geworden. Der Flüchtling, der Vertriebene, der heimatlose Mensch, gehetzt, zumeist die Furcht im Nacken, das Entsetzen im Gesicht, ausgeplündert, ein Strandgut der Zeit.

War Deutschland durch Jahrhunderte ein Hort der Verfolgten, so ist es heute ein Land, das für die eigenen Vertriebenen und Flüchtlinge zu werben hat. 150 Millionen in aller Welt haben sich im Zeitraum der letzten 50 Jahre in Bewegung setzen müssen, 40 Millionen sind es seit dem Ersten Weltkrieg. Über 12 Millionen haben nach dem Zweiten Weltkrieg in die Bundesrepublik flüchten müssen, und noch ist ein Ende nicht abzusehen.

... Zeigt Ausstellungen, stellt die Wurzel der Vertreibung, den Leidensweg der Flucht und den anschließenden Existenzkampf dar! ...

Das Weltflüchtlingsjahr schaffte eine Schicksalsgemeinschaft unter den Vertriebenen und Flüchtlingen in aller Welt. Gleiches Schicksal, geboren aus gleichem Anlaß, möge keinen Unterschied in den Nationen kennen. Steht zueinander und hilft einander!

Vergeßt aber nie, wo die Wurzeln dieses Schicksals liegen. ...<<

01.10.1959

DDR: Die neue DDR-Flagge wird am 1. Oktober 1959 offiziell vorgestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flagge" der DDR (x009/130): >>Die Flagge der DDR besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold (Gesetz vom 26.9.1955). Seit dem 1.10.1959 trägt sie auf beiden Seiten in der Mitte das Wappen Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz.

Den ständigen Bemühungen, der DDR und der These von den beiden deutschen Staaten Anerkennung zu verschaffen, dienen auch die Versuche, die Flagge in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland vor allem bei internationalen Kongressen oder Sportveranstaltungen zu zeigen, die bisher meist am Widerstand der Veranstalter gescheitert sind.

Dieser politische Zweck hat der neuen Flagge den treffenden Namen "Spalterflagge" eingebracht.<<

Am 1. Oktober 1959 wird das Gesetz über den "Siebenjahresplan 1959-1965" erlassen (x243/-203): >>... Im Zeitraum des Siebenjahresplanes ist die grundlegende Aufgabe zu lösen, ... Westdeutschland auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität einzuholen und zu überflügeln. ... (Bis Ende 1961 soll) Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten industriellen Konsumgütern und Lebensmitteln (ein- bzw. überholt werden). ...<<

Die Volkskammer beschließt am 1. Oktober 1959 das geänderte Gerichtsverfassungsgesetz (GVG).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Richter" in der SBZ (x009/370-371): >>... Ein Richter muß nach seiner Persönlichkeit und Tätigkeit die Gewähr dafür bieten, daß er sein Amt gemäß den Grundsätzen der Verfassung ausübt, sich vorbehaltlos für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik einsetzt und der Arbeiter- und Bauernmacht treu ergeben ist (§ 15 des sowjetzonalen GVG in der Fassung vom 1.10.1959). ...

Obwohl Artikel 127 der Verfassung und § 7 des sowjetzonalen GVG lauten: "Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen", werden laufend und planmäßig Weisungen an die Richter erlassen. Haftentlassungen von sog. Wirtschaftsverbrechern wurden für unzulässig erklärt und bedurften der Genehmigung des Ministeriums (Rundverfügung Nr. 98/50 des sächsischen Justizministeriums).

Richter, die sich diesen Rundverfügungen nicht fügten, sind entlassen oder inhaftiert worden. Die Kontrollkommission hatte bis zum Jahre 1953 weitgehende Befugnisse gegenüber den Gerichten. ...

Einen selbständigen Apparat zur "Anleitung der Richter" schuf Hilde Benjamin nach dem 17.6.1953. Instrukteure eines sog. Operativstabes reisten durch die SBZ und erteilten in den Verfahren gegen Demonstranten des 17. Juni (Juni-Aufstand) Weisungen über das Strafmaß, die sie vorher telefonisch beim Operativstab in Ost-Berlin, z.T. unmittelbar bei Hilde Benjamin, einholten. Dieses Instrukteurwesen wurde im Jahre 1954 in das Justizministerium übernommen.

Richter, die die ihnen gegebenen "Anleitungen" nicht beachteten, setzten sich der Gefahr sofortiger Abberufung oder strafrechtlicher Verfolgung aus. Das Prinzip von "Anleitung und Kontrolle" hat in der Neufassung des Gesetzes über die Gerichtsverfassung vom 1.10.1959 eine gesetzliche Verankerung erhalten: "Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert" (§ 13 GVG).

Aus dem Grundsatz der "richterlichen Verantwortlichkeit" wurde eine weitere Möglichkeit zu Eingriffen in die richterliche Unabhängigkeit entwickelt. Das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht" vom 18.1.1957 gibt der jeweiligen örtlichen Volksvertretung das Recht, Kritik an der Arbeit des Gerichts zu üben, wenn durch Mängel in dessen Tätigkeit "die Lösung der Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen, der Aufbau des Sozialismus und die Entfaltung des demokratischen Lebens gehemmt werden". ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rechtsanwaltschaft" in der SBZ (x009/349-350): >>... Der V. Parteitag der SED hat der Rechtsanwaltschaft die Aufgabe gestellt, sich zu einem sozialistischen Organ der Rechtstätigkeit in der DDR zu entwickeln. (Aus der Konzeption für die Aufgaben der Rechtsanwaltschaft bei der Durchführung des Siebenjahresplanes".)

Die Rechtsanwaltschaft hat die Aufgabe, "die Organe der Staatsmacht zur Verwirklichung der Aufgaben des Siebenjahresplanes bewußt und damit planmäßig zu unterstützen. Damit dient die Rechtsanwaltschaft in der DDR dem Siege des Sozialismus, der Erhaltung des Friedens und ist Vorbild für eine gesamtdeutsche Anwaltschaft". "Die Rechtsanwaltschaft braucht daher einen klaren parteilichen Standpunkt wie jeder, der in unserem Staat eine gesellschaftliche Funktion auszuüben hat." ("Neue Justiz" 1960, S. 397).

Es bedurfte zahlloser Maßnahmen der SED-Machthaber, um zum gewünschten Ziel zu gelangen, nachdem noch 1951 in der Rechtsanwaltschaft "die langsamste Vorwärtsentwicklung und die unentwickeltesten Formen einer neuen Gestaltung" festgestellt wurden (Hilde Benjamin in "Neue Justiz" 1951, S. 51).

Mit Entziehungen der Zulassung, Auftrittsverboten, Strafverfolgungen und Verhaftungen ging man gegen die Anwälte vor, die als "Verfechter bürgerlich-kapitalistischer Rechtsansichten" angesehen wurden. Der Versuch, Anwaltskollektive nach sowjetischem Muster auf freiwillig-

ger Basis entstehen zu lassen, schlug fehl.

Am 15.5.1953 erging die "Verordnung über die Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte mit einem "Musterstatut für die Kollegien der Rechtsanwälte" als Anlage. Als "Offizialverteidiger und als beigeordneter Rechtsanwalt in Zivilprozessen kann nur ein Rechtsanwalt bestellt werden, der Mitglied eines Kollegiums der Rechtsanwälte ist" (§ 3 der Verordnung). ... Freiberuflich tätige Rechtsanwälte werden nicht mehr neu zugelassen. ...

Diese Konzeption entspricht den Beschlüssen der V. Parteitages der SED und dem § 14 des am 1.10.1959 neu gefaßten Gesetzes über die Gerichtsverfassung: "Die Rechtsanwälte in der DDR haben durch ihre gesamte Tätigkeit zur Entwicklung des sozialistischen Rechtsbewußtseins der Bevölkerung und zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit beizutragen. Sie haben den Rechtsuchenden sachgemäß zu beraten und vor Gericht zu vertreten."

Angesichts dieser grundsätzlichen Auffassungen und Bestimmungen wird klar, daß insgesamt dem Verteidiger im Strafverfahren jede echte anwaltliche Tätigkeit unmöglich gemacht wird. Viele Rechtsanwälte sind gerade deswegen aus der SBZ geflüchtet. In der SBZ und in Ost-Berlin gibt es zur Zeit 679 Rechtsanwälte, von denen schon mehr als 2 Drittel dem Kollegium angehören, während der Rest seinen Beruf noch frei ausübt. Den nicht freiberuflich tätigen Anwälten soll in planmäßiger Aufklärungs- und Erziehungsarbeit klargemacht werden, daß "die Perspektiven ihrer Entwicklung im Anwaltskollegium liegen" ("Neue Justiz", 1958, S. 665).<<

06.10.1959

DDR: Seit Bestehen der DDR sind bis zum 6. Oktober 1959 rd. 2,3 Millionen Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen geflohen.

07.10.1959

DDR: Das ZK der SED behauptet am 7. Oktober 1959, dem 10. Jahrestag der Gründung der DDR, daß die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands bewerkstelligt hätten (x009/405).

12.10.1959

Frankreich: Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärt am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Premierminister Michel Debré (1912-1996) verkündet während einer Regierungserklärung zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/144): >>... Die Grundbedingung für eine Einigung (mit der Sowjetunion) ist die Bekräftigung des Status quo.

Darunter verstehen wir nicht nur das Berliner Statut, sondern auch das gegenwärtige Regime der deutschen Bundesrepublik, von der man nicht behaupten kann, daß sie eine Revanchepolitik begünstige.

Dazu gehört auch die Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sogenannten Oder-Neiße-Linie. ...<<

19.10.1959

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.

Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.

Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

28.10.1959

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland beschließt am 28. Oktober 1959, ein Hissen der DDR-Flagge durch Polizeimaßnahmen zu verhindern, sofern es eine politische Demonstration im Bundesgebiet darstellt.

09.11.1959

BRD: Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldet am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe. Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<

USA: Wilhelm Grewe (1911-2000, von 1958-62 deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten) erläutert am 9. November 1959 in New York zukünftige Ziele der deutschen Ostpolitik (x125/107,130-131):

>>1. Vor allem gilt es, die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik und Westberlins gegen kommunistische Aggressionen und andere Formen der Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereichs (Subversion, Infiltration usw.) zu schützen.

2. Wir können nicht die 17 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland aufgeben und uns mit der dauernden Teilung Deutschlands abfinden.

3. Wir müssen freundliche Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn herstellen und unsere Streitfragen mit ihnen durch Verhandlungen und Kompromiß regeln.

4. Wir müssen mit der Sowjetunion zusammenleben. ...<<

>>... Ein Fünftel der gegenwärtigen Bevölkerung der Bundesrepublik sind Flüchtlinge. ... Sie alle billigen jedenfalls nicht die Annexion ihres Heimatlandes durch Polen. ...

Ich glaube, daß es überhaupt nur eine Aussicht gibt, das deutsche Volk mit einer Lösung zu versöhnen, die größere Gebietsopfer verlangen würde: das wäre eine Verbindung der Grenzfrage mit einer positiven Regelung der Wiedervereinigungsfrage. Diese Überlegung bildet einen der Gründe, die es voreilig erscheinen lassen, die Grenzfrage jetzt zu lösen.

Ein zweiter Grund liegt darin, daß die territoriale Verständigung ein Eckstein für eine deutsch-polnische Versöhnung und Annäherung sein sollte. Sie muß daher frei verhandelt und in einem zweiseitigen Vertrag geregelt werden. Es liegt auf der Hand, daß die Zeit für solche Verhandlungen noch nicht gekommen ist. Für eine deutsche Regierung wäre es töricht, den gesamten Verhandlungsgegenstand schon vorher zu opfern, ohne daß man auch nur eine vernünftige Aussicht auf eine positive Würdigung solcher Opfer hätte.<<

10.11.1959

DDR: Die evangelische Ostkonferenz bezeichnet am 10. November 1959 die Kinder-, Jugend-, Ehe- und Grabweihe als gottlos.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Eheschließung" - gelegentlich auch als Eheweih bezeichnet - (x009/105): >>Zu den pseudo-sakralen Staatsakten, durch deren Einführung die SED den Einfluß von Christentum und Kirche auf das öffentliche Leben ihres Machtbereiches zu beseitigen sucht, gehört neben der Kindesweihe und der Jugendweihe auch die Eheweih, früher als "sozialistische Eheschließung" bezeichnet.

Die Eheweih folgt der standesamtlichen Trauung, ist also einstweilen nicht mit dieser verbunden, obschon sie nicht mehr Sache der Partei, sondern der staatlichen Organe sein soll. Die Brautleute werden nach dem Aufgebot von staatlichen Beauftragten aufgesucht, die sie für die

Eheweihe gewinnen sollen; bei dem Eheweihe-Akt, an dessen Pseudoliturgie vor allem die Massenorganisationen mitwirken sollen, legen die Brautleute ein "sozialistisches Ehegelöb- nis" ab, durch das sie sich - nach dem von der SED aufgesetzten Wortlaut - verpflichten, "mit gemeinsamer Kraft die sozialistischen Errungenschaften und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu stärken".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sozialistische "Begräbnis" in der SBZ (x009/58): >>Seit 1957 waren Bestrebungen erkennbar, auch das christliche Begräbnis (Grabweihe) durch einen pseudosakralen Staatsakt zu ersetzen, der als sozialistisches Begräbnis, gelegentlich auch als Grabweihe bezeichnet wurde, aber keine nen- nenswerte Verbreitung fand.

Zunächst hielt die SED, ähnlich wie die SS im "Dritten Reich", Grabredner bereit; später soll- te es Sache der Kreise und Gemeinden sein, die pseudosakralen Staatsakte durchzuführen.<<

29.11.1959

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 29. November 1959 die deutsche Ostpolitik und eine einseitige deutsche Wiedergutmachungspflicht (x155/76): >>Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen sieht sich mit tiefer Besorgnis zu der Feststellung veranlaßt, daß durch einseitige deutsche Schuldbekennnisse und Vorleistungsangebote die außenpolitische Position der Bundesrepublik gegenüber einzelnen Ostblockstaaten in unverantwortlicher Weise untergra- ben wird.

Jene Kreise in der Bundesrepublik, welche den Heimatraub an 15 Millionen Deutschen aus der Bereinigung der Vergangenheit ausklammern wollen, sollten sich dessen bewußt sein, daß sie damit einen tiefen Graben innerhalb der Bevölkerung Westdeutschlands und Mittel- deutschlands aufwerfen.

Wer auf dem Standpunkt einer einseitigen deutschen Wiedergutmachungspflicht gegenüber einzelnen Ostblockländern steht, der möge jene persönliche Opferbereitschaft zeigen, die ihm sein Gewissen vorschreibt.

Man soll aber den Ostdeutschen und den Deutschen der übrigen Vertreibungsgebiete nicht zumuten, daß sie den gemeinsam verlorenen Krieg auch noch durch Preisgabe ihres Heimat- rechts und ihrer Wiedergutmachungsansprüche bezahlen.<<

02.12.1959

DDR: Das SED-Regime erläßt am 2. Dezember 1959 ein "Gesetz über die sozialistische Ent- wicklung des Schulwesens in der DDR".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Kindergarten" in der SBZ (x009/213): >>Einrichtung der "vorschulischen Erziehung" für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Nicht obligatorisch.

Die Kindergärten haben nach dem "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwe- sens in der DDR" vom 2.12.1959 die Kinder auf die Schule vorzubereiten, an das sozialisti- sche Leben heranzuführen und mit dem Schaffen der werktätigen Menschen bekanntzuma- chen".

Der Kindergarten dient nicht zuletzt der Freisetzung von Frauen für den Arbeitsprozeß. Ver- antwortlich für die Errichtung sind die Räte der Gemeinden und Städte bzw. die VEB, für die pädagogische Arbeit das Ministerium für Volksbildung.

Die Kindergärtnerinnen werden an besonderen Pädagogischen Schulen ausgebildet. Das all- gemeine pädagogische Erziehungsziel ist auch für den Kindergarten verbindlich. Die Kinder- gärten haben die Aufgabe, die Kinder in einer ihrer Altersstufe entsprechenden Form "im Gei- ste des Friedens, der Demokratie und der Freundschaft zwischen den Völkern" zu erziehen. Man unterscheidet kommunale Kindergärten, Betriebs- und Erntekindergärten. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kinderzeit- schriften" in der SBZ (x009/214): >>Sämtliche Kinderzeitschriften der SBZ werden vom Zen-

tralrat der FDJ herausgegeben.

Sie vermitteln ein Weltbild, das der herrschenden Ideologie entspricht, und verbreiten eine uniforme Denk- und Auffassungsweise. Druck, Papier und Aufmachung sind gut.

Die "ABC-Zeitung" richtet sich an die "Jungen Pioniere" und Schüler der 1.-4. Klasse. Die "Rakete" ist für 13- bis 16jährige bestimmt. "Der Pionierleiter" erscheint als Zentralorgan der Pionierorganisation "Ernst Thälmann". "Fröhlichsein und Singen" ist die Zeitschrift für kulturelle Arbeit der "Jungen Pioniere" und Schüler. "Arte" und "Bummi" sind bunte Bilderzeitschriften für Kinder. Erscheinungsweise der genannten Kinderzeitschriften ist monatlich. Die "Trommel", eine illustrierte Kinderzeitschrift, erscheint wöchentlich.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schule" in der SBZ (x009/383-385): >>Das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (1946) bildete bis 1959 die gesetzliche Grundlage der Organisation des Schulwesens (Einheitsschule). An seine Stelle ist das "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens ..." (1959) getreten.

Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder ist nach diesem Gesetz nicht mehr die 8stufige Grundschule, sondern die "10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule". ... Die Oberschule, die eine Unterstufe (Klasse 1 bis 4) und eine Oberstufe (5 bis 10) umfaßt, hat nach dem Schulgesetz die Aufgabe, die Grundlage für die berufliche Ausbildung und alle weiterführenden Bildungseinrichtungen zu schaffen. "Der Weg von der Oberschule über die Berufsbildung ist der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses."

Es gibt folgende Wege zur Hochschule:

1. Nach dem Besuch der 10klassigen polytechnischen Oberschule eine 3jährige Berufsausbildung mit gleichzeitiger Vorbereitung auf die Reifeprüfung in Abiturklassen der Berufsschulen.

2. 10 Jahre Oberschule, 2 Jahre Berufsausbildung, danach Fachschulstudium. Das bestandene Examen berechtigt in der Regel zum Hochschulstudium in der entsprechenden Fachrichtung.

...

6. Besuch der Arbeiter- und Bauernfakultät.

7. Außerdem gibt es weiterhin die 12klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die kurz als erweiterte Oberschule bezeichnet wird.

Falls die Absolventen der erweiterten Oberschule nicht während ihrer Schulzeit einen praktischen Beruf erlernt haben, haben sie vor der Aufnahme des Studiums ein berufspraktisches Jahr unter Anleitung der Hochschule oder Universität zu absolvieren.

Die Verlängerung der Vollschulpflicht und angebliche Erhöhung des Niveaus der Bildung wird vor allem durch den Hinweis auf die Fortschritte der Technik, die für den Sozialismus notwendige hohe Arbeitsproduktivität und die Anforderungen der werdenden sozialistischen Gesellschaft begründet.

"Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation" (§ 3 des Schulgesetzes).

Die "Liebe zu den arbeitenden Menschen" umfaßt nach den offiziellen Verlautbarungen auch die Liebe zur Partei der Arbeiterklasse, d.h. zur SED. Es fehlen auch nicht die propagandistischen Hinweise auf "Frieden", "Völkerfreundschaft" - "insbesondere" auf die Freundschaft zur Sowjetunion.

Das neue Schulgesetz distanziert sich von der Lernschule der Stalinzeit ...

Gleichwohl hält die SBZ ausdrücklich - wie bisher - an der "Systematik" des Unterrichts, d.h. an der Reglementierung des systematischen Aufbaus der einzelnen Lehrgänge durch "staatli-

che Lehrpläne" und an dem Postulat der "Wissenschaftlichkeit", d.h. an der Monopolstellung des Marxismus-Leninismus fest.

Sie versucht auch nach wie vor, das Schulleben in Übereinstimmung mit dem für den Kommunismus charakteristischen Mechanismus zentralgesteuerter gesellschaftlicher Änderungen zu gestalten. So wird die Arbeit der Schule durch ein System von Plänen gesteuert, deren Grundlage der detaillierte Lehrplan ist, der den Rang einer staatlichen Verordnung hat.

Die Schulen haben folgende Pläne zu erstellen: Jahresarbeitsplan der Schule, Pläne der Klassenleiter; Stoffverteilungspläne der Lehrer; Pläne der Leiter und Erzieher der Schulhorte und Internate. Dazu kommen Pläne der zahlreichen sonstigen Gruppen, die mit der Schule verbunden sind: des Elternbeirats, der SED-Schulorganisationen, der Lehrgewerkschaft und anderer.

... Mit der 5. Klasse beginnt der Unterricht in den Fächern Russisch, Geschichte, Erdkunde, Biologie. ... Das für die Vermittlung der kommunistischen Ideologie wichtigste Fach ist die Geschichte, wenn auch jedes Schulfach verpflichtet ist, einen Beitrag zur weltanschaulich-politischen Erziehung zu leisten. ...

... Der Schulhort hat "den Schülern beim Lernen zu helfen und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung und gute Betreuung der Schüler während des ganzen Tages zu sorgen". Ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Motiv der Schaffung von Tagesheimschulen ist in der verstärkten Rekrutierung von Frauen für die berufliche Tätigkeit gegeben. ...

Die staatliche Schulaufsicht wird von der Abteilung für Volksbildung bei dem Rat des Kreises und dem des Bezirks und dem Ministerium für Volksbildung verkörpert. ... Zu den pädagogischen Kräften gehört auch der hauptamtliche Pionierleiter. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hochschulen" in der SBZ (x009/181-183): >>... 1. Im Gesetz über den Siebenjahrplan (1959-1965) wird den Universitäten und Hochschulen die Aufgabe gestellt, wissenschaftlich hochqualifizierte Fachleute auszubilden, die den neuesten Stand der wissenschaftlich-technischen Erkenntnis beherrschen, über die Fähigkeit verfügen, ihre Kenntnisse in die Praxis des sozialistischen Aufbaues einzusetzen, erfolgreich im sozialistischen Kollektiv zu arbeiten und eine leitende Tätigkeit in Staat, Wirtschaft und Kultur auszuüben. Diese Zielsetzung umfaßt auch eine politische Erziehung der Studenten.

An die Stelle des traditionellen Postulats der Einheit von Forschung und Lehre ist die Forderung der Einheit von Forschung, Lehre und Erziehung getreten. Sie zielt auf eine "sozialistische Erziehung" der jungen Intelligenz und mit ihr auf eine Synthese von ergebendem Partei-gänger und wissenschaftlich qualifiziertem Fachmann.

2. Der Marxismus-Leninismus besitzt die Monopolstellung. Seit 1950/51 sind die Studierenden verpflichtet, ein Studium der Parteiideologie im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums zu absolvieren. ...

3. Die Gestaltung des Studiums folgt dem Prinzip der Parteilichkeit des Denkens und dem der Einheit von Theorie und "sozialistischer" Praxis. ... Die Hochschulen - vor allem technische Fachrichtungen, Chemie und Wirtschaftswissenschaften - sind dazu übergegangen, Kontakte mit verschiedenen Gebieten der "sozialistischen Praxis" aufzunehmen. ...

4. Die Organisation des Studiums und des studentischen Lebens zielt auf eine Erziehung für und durch das Kollektiv. ... Grundmotto dieser Gemeinschaften zur Erzielung der Konformität (Übereinstimmung): "Arbeite, lerne, lebe sozialistisch."

5. Bei der Auslese der Studenten sind bisher Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt worden. Daneben werden neuerdings "vorrangig" zugelassen: Bewerber, die mehrere Jahre in der "sozialistischen Wirtschaft" oder in staatlichen "gesellschaftlichen" Einrichtungen gearbeitet haben und von ihren Betrieben zum Studium delegiert werden, sowie Bewerber, die als ehemalige Soldaten von den Einheiten der "bewaffneten Organe" empfohlen werden.

In der "Anweisung über die Auswahl, Zulassung und Vormerkung der Studienbewerber zum Direktstudium" vom 10.3.1960 ist das Ziel gesetzt worden, den Anteil der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, werktätigen Bauern sowie ihrer Kinder bei durchschnittlich 60 % zu halten. Neben den Inhabern der "Hochschulreife" werden junge Produktionsarbeiter nach Absolvierung von halb- bzw. einjährigen Vor- oder Sonderkursen zum Studium in bestimmten Fachrichtungen zugelassen.

6. Die Auswahl der Dozenten wird durch das Staatssekretariat gelenkt. Ziel ist die Schaffung eines parteiergebenen Lehrkörpers, in dem die überzeugten Marxisten - Leninisten dominieren.

7. Das organisatorische Gefüge der Hochschulen ist weitgehend dem des sowjetischen Hochschulwesens angeglichen worden. ...

8. Die Hochschulen werden von den Universitätsparteileitungen der SED und den von ihnen "angeleiteten" FDJ-Hochschulgruppen kontrolliert. Sie besitzen auch die dominierende Stellung bei der Organisation des studentischen Lebens an den Hochschulen. ...

10. ... Die Masse der Studenten ist im Interesse der besseren Überwachung in kleine Seminargruppen aufgeteilt worden (20 bis 30 Mitglieder). Das Ergebnis ist ein schulmäßiger Betrieb, der zwar ein regelmäßiges Lernen garantiert, aber das geforderte "Selbststudium" hemmt. ...

11. Die Studierenden haben während des Studiums eine vormilitärische und militärische Ausbildung zu absolvieren.

... Der Anteil der Kinder von Arbeitern an der Zahl der Direktstudenten betrug 1960 50,3 %, der Kinder von werktätigen Bauern 4,2 %, von Angestellten 19,2 %, der Intelligenz 15,6 %.
...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kollektiverziehung" in der SBZ (x009/220): >>Erziehung im Kollektiv - durch das Kollektiv.

Bewußter Einbau von Jugendgruppen in das Erziehungswesen. Dies zielt auf die Entwicklung jener Überzeugungen, Fähigkeiten und Gewohnheiten, die für die Integration einer kommunistisch-totalitären Gesellschaft unabdingbar sind.

Beispiele: Die Bereitschaft, die persönlichen Ziele denen des großen Kollektivs unterzuordnen. Die Bereitschaft und Fähigkeit, als Mitglied des Kollektivs aufzutreten und bewußte Disziplin zu üben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "FDJ-Ordnungsgruppen" in der SBZ (x009/125): >>Wie das "Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus" der FDJ (Mai 1959) vorsah, sind freiwillige FDJ-Ordnungsgruppen teilweise schon aufgestellt, teils im Aufbau. Die FDJ-Ordnungsgruppen sollen, so sagt jenes Programm, "mithelfen, die Überreste der kapitalistischen Lebensweise und der Jugend - Rowdytum, Trunksucht, ... Schundschriften usw. - zu beseitigen."

Wie Harald Winter (Zentralrat der FDJ) in der "Neuen Justiz" betont, sind FDJ-Ordnungsgruppen "Organe der Leitungen der FDJ" und werden nur "von den zuständigen Leitungen der FDJ ausgewählt und eingesetzt". Auf "alle Jugendlichen" sollen sie "durch kameradschaftliche Gespräche" wirken.

Zwar haben sie mit Volkspolizei, Jugendhilfe, Gericht und Staatsanwaltschaft und auch Massenorganisationen zusammenzuarbeiten, sollen aber nicht bloße Hilfskräfte der Polizei werden. (In Wirklichkeit dürften die FDJ-Ordnungsgruppen nur eine Hilfspolizei und Spitzelorganisation der SED sein.)<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kulturpolitik" in der SBZ (x009/242-245): >>Auf der ideologischen Grundlage der These Stalins von der "aktiven Rolle" des Überbaues wird die Kultur als in allen Bereichen manipulierbar verstanden.

Manipuliert wird sie in der SBZ im Sinne der bolschewistischen Parteilichkeit ("Es gibt bei uns ... nur eine Kulturpolitik: die unserer geliebten, mächtigen Partei der Arbeiterklasse, der

SED", Johannes R. Becher zur Vorbereitung der Kulturkonferenz der SED von 1957) und der Liquidation aller geistigen Traditionen der "westlichen", bürgerlichen Welt.

Der Bruch der Ideologie, der durch die oben erwähnte These Stalins manifestiert wurde, begründet jedoch eine eigentümliche Doppelfunktion der Kultur: zum einen als Gut, das man erwerben oder "erstürmen" kann ("Ohne die Erstürmung der Höhen der Kultur kann die Arbeiterklasse ihre großen Aufgaben, den Sozialismus zum Sieg zu führen, nur schwer erfüllen" - Walter Ulbricht im Mai 1959), zum anderen als Instrument des Kampfes "gegen die kannibalischen Lehren der imperialistischen Kriegshetzer" oder als Antriebskraft für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erfüllung der Pläne und den wirtschaftlichen Wettstreit mit der westlichen Welt. ...

Bestimmt wird diese Kulturpolitik von der 1957 gegründeten Kulturkommission und den einschlägigen Abteilungen des ZK der SED, also von wenigen Spitzenfunktionären dieser Partei, die als "Partei neuen Typs" die zuständigen Behörden über die in ihren führenden SED-Genossen durch Parteiaufträge "anleitet".

Die kulturpolitischen Konzeptionen der KP/SED wurden in einem langjährigen und noch andauernden Prozeß durchgesetzt, dessen Etappen etwa folgendermaßen bezeichnet werden können:

1. Besetzung der Schlüsselpositionen der Kulturinstitutionen mit Kommunisten.
2. Gleichschaltung der "bürgerlichen" Parteien und Liquidierung aller nichtkommunistischen Tendenzen auf kulturpolitischem Gebiet.
3. Fesselung der bürgerlichen "Intelligenz" und der Kulturschaffenden an das Regime durch Druck und Privilegien.
4. Systematische Maßnahmen zum Aufbau einer neuen "Intelligenzschicht".
5. Verlagerung des "Kulturkonsums" in die Betriebe und Massenorganisationen.
6. Isolierung der "Kulturschaffenden" gegen den geistigen Austausch mit der freien Welt, soweit er nicht den Zwecken des Regimes und seiner Planwirtschaft dient.
7. Massiver Einsatz der Staatsmacht zur Durchsetzung des Diamat (Dialektischer Materialismus) und des Prinzips der bolschewistischen Parteilichkeit an den Schulen und Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, des sozialistischen Realismus in Kunst und Literatur, des Atheismus und der sozialistischen Moral gegen Christentum und "bürgerlich-westlichen Humanismus". ...

Daß es auf dem gesamten Gebiet des Erziehungswesens nur noch staatliche Institutionen gibt, bedarf kaum noch der Erwähnung ... Aber auch in allen anderen Bereichen des Kulturlebens wird nichts dem Selbstlauf überlassen. Zur Anleitung und Kontrolle bedienen sich Partei und Regime vielfältiger Methoden und Institutionen; von den letzteren geben sich viele als freie Vereinigungen oder Berufsverbände (aus), obschon sie in Wahrheit Instrumente des kulturpolitischen Dirigismus sind. Vor allem ist hier der Deutsche Kulturbund zu nennen, der sich aus einem Diskussionsforum der Intelligenz zum Steuerungsorgan des Ministeriums der SED entwickelt hat. ...

Alle Theater, fast alle Lichtspieltheater und die gesamte Filmproduktion sind verstaatlicht, und als Konzertveranstalter kommen neben staatlichen nur die Institutionen der kulturellen Massenarbeit in Betracht.

Das Vermittlungswesen auf dem Gebiet der Musik, des Kabarets usw. wurde in der Deutschen Konzert- und Gastspielform monopolisiert, und ein zentraler, von der SED kontrollierter Bühnennachweis lenkt den "Einsatz" der darstellenden Künstler.

Alle größeren Buchverlage sind ebenfalls verstaatlicht; die gesamte Buchproduktion wird von einer Abteilung des Ministerium für Kultur angeleitet und kontrolliert.

Der im Kunstleben einst wichtige private Auftraggeber ist durch Enteignung nahezu völlig ausgefallen, so daß auch die Freischaffenden (freie Schriftsteller, freie Wissenschaftler, bil-

dende Künstler, Musiker, Architekten) auf den sog. "neuen Auftraggeber werktätiges Volk", d.h. das SED-Regime, angewiesen sind.

Damit ist die materielle Existenz der Freischaffenden an ihre Bereitwilligkeit gebunden, öffentliche Aufträge im gewünschten Sinne zu erfüllen. ...

.... Das besondere Interesse des Regimes gilt der Betriebskultur. Die besonders stark geförderte kulturelle Massenarbeit wendet sich an die Betriebsbelegschaften, besonders der "volkseigenen Betriebe", der "sozialistischen Dörfer" und an die werktätige Jugend. Sie ist weitgehend Agitation und Propaganda ...

Zur "Betriebskultur" gehört ferner der organisierte Besuch "fortschrittlicher", vor allem sowjetischer Theater- und Filmstücke und dessen Vorbereitung und Auswertung. Zur kulturellen Massenarbeit gehören aber auch die Pflege von Steckenpferden, das Spiel (z.B. Schach) und der Sport.

Im Zeichen der Totalplanung und völliger Unterordnung unter politische Zwecke führt die Kulturpolitik der SBZ offenbar zur Sterilisierung des Geistesschaffens, Ansätze eines neuen schöpferischen Hervorbringens sind nicht erkennbar und unter unveränderten Bedingungen auch nicht zu erwarten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Deutschen "Kulturbund" in der SBZ (x009/239-240): >>Der Deutsche Kulturbund wurde als "Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" im Juli 1945 auf Initiative der SMAD begründet und hatte nach einem Beschluß seines 3. Bundeskongresses 1951 "die Aufgabe, alle Angehörigen der Intelligenzberufe zu vereinigen".

Er betätigte sich zunächst interzonal und dem Anschein nach überparteilich, doch früh traten kommunistische Tendenzen deutlich hervor, so daß die Nichtkommunisten den Deutschen Kulturbund nach und nach verließen und sein Wirken im amerikanischen und britischen Sektor von Berlin im November 1947 von den Kommandanten untersagt wurde.

In den Folgejahren, vor allem unmittelbar nach der Proklamation des Neuen Kurses im Sommer 1953, trat der Deutsche Kulturbund immer dann in Erscheinung, wenn es sich darum handelt, die westdeutsche oder ausländische Geisteswelt im Sinne der Propaganda des realen Humanismus anzusprechen.

Andererseits war er aber auch häufig "Brutstätte" revisionistischer Tendenzen und darum ein Gegenstand der Sorge und des Mißtrauens für die SED-Führung. Im ZK der SED wurde er immer wieder scharf kritisiert und vor allem für die geringen Fortschritte in der Heranbildung einer sozialistischen Intelligenz verantwortlich gemacht. ...

Der Deutsche Kulturbund "arbeitet für eine reiche und vielgestaltige sozialistische Kultur, fördert ... besonders das Schaffen nach der schöpferischen Methode des sozialistischen Realismus, dient der Durchführung der sozialistischen Kulturrevolution im Dorf, arbeitet im Geiste des sozialistischen Patriotismus, bekennt sich zur unverbrüchlichen Freundschaft ... mit dem Lager sozialistischer Völker und Staaten, das vom ersten, erfahrensten und stärksten sozialistischen Land, der Sowjetunion, geführt wird.

... Der Deutsche Kulturbund veranstaltet Vorträge, Diskussionen, Dichterlesungen, Konzerte, Führungen, Ausstellungen und Wettbewerbe. ... Der Deutsche Kulturbund ist Eigentümer des "Aufbau-Verlages"; seine Zeitschrift ist der "Aufbau".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kulturelle Massenarbeit" in der SBZ (x009/240): >>Parteijargon für alle Maßnahmen der SED, die unter Ausnutzung der kulturellen Bedürfnisse der Menschen und meist unter Mißbrauch kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen im Sinne der SED bewußtseinsbildend und produktionsfördernd auf die Bevölkerung wirken sollen.

Hauptträger der kulturellen Massenarbeit sind die Gewerkschaften (FDGB). Wichtigste Aufgaben der kulturellen Massenarbeit sind:

1. ideologische und politische Aufklärungsarbeit,
2. Erhöhung der "fachlich-wissenschaftlichen" Kenntnisse der Werktätigen,
3. Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins durch Volkskunst, Film, Theater, Zirkel der bildenden Kunst usw.

Diesen Zwecken soll die Einrichtung von "Kulturclubs", Kulturkommissionen, "Kulturhäusern" u.ä. dienen.

Für die kulturelle Massenarbeit werden sowohl im Staatshaushalt als auch im Haushalt der Gewerkschaften und der Betriebe erhebliche Mittel bereitgestellt. Um die Belegschaftsmitglieder für Veranstaltungen der kulturellen Massenarbeit zu interessieren, werden Zirkel für Gesang, Volkstanz, Laienspiel, Fotografie u.a. unterhalten.<<